

Antrag

**der Abgeordneten Silke Seif, Dennis Gladiator, Dennis Thering, Birgit Stöver,
Dr. Anke Frieling (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/7393

**Betr.: Corona-Sonderzahlung und Tarifabschluss auch für freie Träger der
Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen – und langfristig auskömmlich
finanzieren**

Die freien Träger in den Bereichen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Familienförderung und SAJF sind ein Anker für Hamburgs Kinder und Jugendliche. Gerade in der Corona-Pandemie und auch darüber hinaus benötigen Kinder und Jugendliche Unterstützung, niedrigschwellige Angebote sowie Ansprechpartnerinnen und -partner. Dies gilt auch für Familien, die nun bereits seit Längerem stark belastet sind. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OKJA, FamFö und SAJF leisten hier unverzichtbare Arbeit. Sie haben sich während des ersten und des zweiten Lockdowns umgehend auf den Weg gemacht, um vielfältige, den veränderten Gegebenheiten angepasste Angebote für ihre Nutzerinnen und Nutzer zu unterbreiten. Sie haben sich bei ihrer Arbeit auch besonderen Risiken ausgesetzt, um für die Kinder und Jugendlichen da zu sein.

Daher ist es aus Sicht der CDU-Fraktion unverständlich, dass die freien Träger in den genannten Bereichen überhaupt darum kämpfen müssen, dass zum einen der Tarifabschluss für den TV-L – welcher neben einer Entgelterhöhung von 2,8 Prozent zum 01.12.2022 auch eine sogenannte Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300,00 Euro umfasst – für sie anwendbar ist. Zum anderen glaubhaft zu machen, dass die Corona-Zahlungen nach dem Tarifabschluss des TV-L und erzielte „klassische“ lineare Vergütungserhöhungen vollumfänglich zuwendungsfähig sind, soweit die Träger der freien Jugendhilfe vergleichbare Maßstäbe anlegen wie die öffentlichen Träger der Jugendhilfe.

Die freien Träger in den Bereichen der OKJA, FamFö und SAJF sind bereits seit Längerem nicht auskömmlich finanziert. Wenn nun die für die Tarifierhöhung und Corona-Sonderzahlung entstehenden Mehrbedarfe nicht zusätzlich in die Rahmen- und Zweckzuweisung eingestellt werden, kann dies das Aus für viele Angebote für Hamburgs Kinder und Jugendliche bedeuten, dies ist aus Sicht der CDU-Fraktion nicht hinnehmbar.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Sozialbehörde wird gebeten, kurzfristig für die Tarifierhöhungen zum TV-L sowie weitere entstandene Tarifkostensteigerungen, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Mehrbedarfs für die sogenannten Corona-Sonderzahlungen, zusätzliche Mittel in die Rahmen- und Zweckzuweisungen einzustellen. Dabei ist sicherzustellen, dass den Trägern, die den TV-L ordentlich anwenden, beziehungsweise Trägern, die sich bei ihren Vergütungen ihrer Beschäftigten am TV-L orientieren, in Höhe ihres Stellenumfanges im Projekt sowie die weitere Tarifierhöhung im Projekt bewilligt wird. Alle anderen Träger erhalten je nach ihrem

individuellen Tarifabschluss 2022 gemäß ihrem Tarif/AVR die dadurch entstehenden Mehrkosten aus den genannten Mitteln;

2. die freien Träger in den Bereichen der OKJA, FamFö und SAJF insgesamt auskömmlich finanziell auszustatten;
3. der Bürgerschaft bis zum 1. April 2022 zu berichten.